



## Medienmitteilung

# Neue Herausforderungen durch die digitalisierte Wirtschaft – Gesundheitskosten bleiben Problembe- reich

Datum

24.02.2017

**Der Preisüberwacher hat sich 2016 auf die Preise und Gebühren für die Basisinfrastrukturen wie namentlich die Energie- und Wasserversorgung, das Entsorgungswesen, die Post und den öffentlichen Verkehr fokussiert. In diesen Bereichen konnten über einvernehmliche Regelungen Preissenkungen erwirkt oder ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindert werden. Neue Fragestellungen ergeben sich aus der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft. Daneben bleiben die Kosten der Gesundheitsversorgung ein gravierendes Problem, das in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit verdient. In diesen beiden Bereichen setzt der Preisüberwacher 2017 seinen Schwerpunkt.**

Mit der **Schweizerischen Post AG** einigte sich der Preisüberwacher auf eine Verlängerung der im Januar 2014 geschlossenen einvernehmlichen Regelung und damit auf ein Preismoratorium bis Ende 2017. Zusätzlich konnte eine Vereinbarung über ein Massnahmenpaket im Umfang von rund 12 Mio. Franken zu Gunsten der Postkundschaft getroffen werden. Mit der **PostFinance AG** erzielte der Preisüberwacher eine Vereinbarung über Preissenkungen bei Transaktionen, welche mit der PostFinance Card an den Kartenterminals durchgeführt werden. Die vereinbarten Preisreduktionen betragen mindestens 3,5 Mio. Franken für 2017 und mindestens 4 Mio. Franken für 2018.

Die von der Branche des **öffentlichen Verkehrs** für das Fahrplanjahr 2016/2017 geplanten Tarifierhöhungen von durchschnittlich 3 Prozent waren gemäss Berechnungen des Preisüberwachers überdimensioniert. Sie hätten bei entsprechender Umsetzung gegen die noch laufende einvernehmliche Regelung von 2014 verstossen. Nach langen Verhandlungen einigten sich der Preisüberwacher und die Transportunternehmen des Direkten Verkehrs auf ein Preis- und Massnahmenpaket von rund 50 Mio. Franken, welches in erster Linie die überdurchschnittlich starken Preiserhöhungen bei den Generalabonnements durch Rabatte kompensiert.

Kritisch begleitete der Preisüberwacher die laufende **Revision des Fernmeldegesetzes**. Die vom Bundesrat geplante Revision geht nicht weit genug. So setzt sie eine für die Wettbewerbsstärkung auf dem Mobilfunkmarkt zentrale Massnahme nicht um: die Regulierung des Zugangs zu den Netzen der Mobilfunkkonzessionäre (Salt, Sunrise, Swisscom) für die Anbieter ohne eigenes Netz. Der Preisüberwacher hat zudem zur Anpassung der **Grundversorgung** Stellung genommen und eine Empfehlung zu den Preisobergrenzen in der Grundversorgung abgegeben. Darin forderte er, dass die Preisobergrenzen für den Telefonanschluss allein und für den Telefonanschluss mit einem Internetzugang von 3 MBit/s Download-Übertragungsrate entsprechend der Preis- und Kostenentwicklung im Telekommunikationsmarkt gesenkt werden müssten. Zudem sollte der Grundversorgungskonzessionärin für Anrufe vom Festnetz auf Mobiltelefone ebenfalls eine Preisobergrenze auferlegt werden.

Der Preisüberwacher hat die mit der **Gasbranche** 2014 vereinbarte Entschädigung für die Nutzung des Hochdrucknetzes auf ihre aktuelle Marktkonformität hin überprüft und eine Anpassung des Kapitalkostensatzes (WACC) verlangt. Er einigte sich schliesslich nach langen Verhandlungen mit der Gasbranche darauf, die Höhe des WACC in vier Schritten bis 2020 von aktuell 4.9 Prozent auf 4.23 Prozent zu senken.

Auf dem Gebiet des *Gesundheitswesens* unterzog der Preisüberwacher die **Behandlungsqualität der Schweizer Spitäler** einem internationalen Vergleich. Dieser zeigt, dass das Preis-Leistungsverhältnis in den Spitälern in den nächsten Jahren verbessert werden muss. Den Kantonen gab der Preisüberwacher zahlreiche Empfehlungen zur Festlegung der Fallpauschalen (Baserates) ab. Der neueste Auslandpreisvergleich bei den **Medikamenten** mit umsatzstarken Wirkstoffen bestätigte, dass sowohl Generika als auch patentabgelaufene Originalmedikamente in der Schweiz rund doppelt so teuer sind wie im Ausland. Die Einführung eines Festbetragssystems, eine jährliche Preisüberprüfung bei allen kassenzulässigen Präparaten, die Anwendung des Prinzips der Kostengünstigkeit bei der Preisfestsetzung sowie ein Beschwerderecht für die Krankenversicherer und Patientenorganisationen sind dringend. Handlungsbedarf besteht auch bei den überhöhten **Preisen der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL)**. Auch diese Preise sollten jährlich überprüft und einem Auslandpreisvergleich unterzogen werden. Zudem sollte eine generelle Vergütungspflicht von selber im Ausland günstig bezogenen Produkten eingeführt werden.

**2017 wird der Preisüberwacher seine Aktivitäten im Bereich der Basisinfrastrukturen und im Gesundheitswesen fortsetzen.** Neue wettbewerbsrechtliche Probleme und Fragestellungen ergeben sich aus der fortschreitenden **Digitalisierung der Wirtschaft**. Die Digitaltechnik bietet viele Chancen für Konsumenten und Anbieter. Unternehmen können sie aber auch z.B. dazu nutzen, Märkte zu segmentieren (Stichwort Geoblocking) und die Marktposition gegenüber Mitbewerbern und Kunden zu stärken, um überhöhte Preise durchzusetzen. Das technologieneutral formulierte Preisüberwachungsgesetz sollte aus heutiger Sicht grundsätzlich genügen, um diesen neuen Herausforderungen begegnen und auch in diesen Bereichen wirksam gegen Missbräuche vorgehen zu können. Das im Preisüberwachungsgesetz vorgesehene Instrument der einvernehmlichen Regelung ist ein ideales Instrument, um flexibel und zeitgerecht auf die schnellen Marktveränderungen in der digitalen Welt reagieren zu können. Der Preisüberwacher wird sich in nächster Zeit unter anderem vertieft mit plattform- und netzbasierten Diensten und Leistungen auseinandersetzen. Bereits hängig ist eine Untersuchung betreffend die Hotelbuchungsplattform booking.com.

Angesichts der andauernden Kostensteigerungen im **Gesundheitswesen** steht 2017 zudem die Dämpfung der Kostenentwicklung in diesem Bereich im Fokus. Die Anzahl der Fehlanreize, die in vielen Fällen mitursächlich für diese Kostensteigerungen sind, erfordern insbesondere systemische Massnahmen. Der Preisüberwacher wird sich 2017 insbesondere der Korrektur dieser Fehlanreize in Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Stakeholdern annehmen.

#### **Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2016**

Die Preisüberwachung bearbeitete 1552 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten Tarife und Preise aus dem Bereich des *Gesundheitswesens* (rund 15 Prozent). Zweithäufigster Kritikpunkt waren Preise betreffend den *Verkehr*. Überdurchschnittlich viele Meldungen waren ferner zu Preisen zum Bereich *Telekommunikation*, der *Brief- und Paketpost* sowie zur *Finanzbranche* zu verzeichnen. Der Preisüberwacher erzielte 11 einvernehmliche Lösungen. Von Behördenseite wurden 577 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. Der Preisüberwacher gab 136 Empfehlungen ab, am meisten zu Preisen und Tarifen im Gesundheitswesen. Intensiv nahm er sein Empfehlungsrecht auch im kommunalen *Versorgungs- und Entsorgungsbereich* wahr, namentlich bei den *Wasser- und Abwassergebühren*. Die Anzahl der Tarifvorlagen im Bereich von Wasser- und Abwasser ist stark ansteigend.

#### **Kontakt/Rückfragen:**

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 058 462 21 02  
Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 058 462 21 03